

AZ-Kommentar

Die (Un-)Moral der kleinen Dinge...



Jürgen Eisenbrand: Der stellvertretende Chefredakteur über Ehrlichkeit im Alltag

Eine Frau aus Oberfranken hat eine Tasche gefunden, in der sich 10.000 Euro befanden (Seite 5). Sie hat das Geld, obwohl sie es sicher

gut hätte brauchen können, ohne zu zögern zurückzugeben – und muss sich deshalb jetzt in ihrem Heimatort anhören, dass sie ja wohl nicht ganz gescheit sei...

Eine Haltung, die leider weit verbreitet ist – vor allem im Kleinen: Man steckt im Restaurant zu viel erhaltenes Wechselgeld stillschweigend ein, und man meldet sich auch im Supermarkt nicht, wenn die Kassiererin mehr zurückzahlt, als sie müsste. Kaum jemand bedenkt, dass ein Kleinverdiener so schnell um einen Gutteil seines Tagesverdienstes gebracht wird.

Auch wenn man als „Normalbürger“ oft den Eindruck hat, die sogenannten „Großen“ würden sich ohne Skrupel „auf unsere Kosten“ bereichern – die Raffke-Mentalität, die wir „denen da oben“ unterstellen, auf niedrigerer Ebene selbst an den Tag zu legen, ist nicht minder verwerflich. Es geht zwar meist nur um ein paar Euro, aber die Triebfeder unseres Handelns ist dieselbe: Gier.

Und deshalb ist die Frau aus Oberfranken eben nicht blöd. Sondern ein Vorbild für uns alle.



Proteste nach Strahlen-Alarm

Eine Zukunft ohne Atomkraft: Der kleine Fynn (3, Foto) und 400 Atomkraftgegner haben gestern in Gorleben friedlich gegen weitere Castor-Transporte demonstriert. Grund: Eine Messung hatte ergeben, dass der zulässige Strahlenhöchstwert in diesem Jahr überschritten werden könnte. Die Demonstranten hatten sich aufgrund der erhöhten Strahlung nicht vor dem Zwischenlager, sondern vor dem Erkundungsbergwerk versammelt. „Wir fordern mit Nachdruck, dass kein weiterer Castor-Transport nach Gorleben kommt“, sagte der Sprecher der Bürgerinitiative „Umweltschutz Lüchow-Dannenberg“, Wolfgang Ehmke.

Günstig telefonieren

Ortsgespräche (ohne Wahlbereich Dt. Telekom)	Ferngespräche im Inland
Mo–Fr 0–7 Uhr 01028 0,14 01079 T) 1,49	Mo–Fr 0–7 Uhr 01028 0,14 01012 T) 0,94
Mo–Fr 7–9 Uhr 01028 1,14 01079 T) 1,84	Mo–Fr 7–9 Uhr 01088 0,36 01097 T) 1,84
Mo–Fr 9–17 Uhr 01028 1,14 01097 T) 1,38	Mo–Fr 9–17 Uhr 01028 0,87 01097 T) 1,84
Mo–Fr 17–18 Uhr 01028 0,45 01097 T) 1,38	Mo–Fr 17–18 Uhr 01088 0,75 01097 T) 1,84
Mo–Fr 18–19 Uhr 01028 0,45 01097 T) 1,38	Mo–Fr 18–19 Uhr 01028 0,87 01079 T) 1,68
Mo–Fr 19–21 Uhr 01088 0,54 01079 T) 1,49	Mo–Fr 19–21 Uhr 01013 0,51 01079 T) 1,68
Mo–Fr 21–24 Uhr 01088 0,54 01097 T) 1,46	Mo–Fr 21–24 Uhr 01013 0,61 010010 T) 0,98
Sa, So 19–21 Uhr 01088 0,54 01097 T) 1,46	Sa, So 8–21 Uhr 01070 0,65 01052 T) 1,34
Sa, So 21–19 Uhr 01088 1,38 01097 T) 1,46	Sa, So 21–8 Uhr 01028 0,48 01052 T) 1,34

Die Liste zeigt günstige Call-by-Call Anbieter, die Sie ohne Anmeldung sofort nutzen können. Tarife mit Einwahlgebühr oder Abrechnung schlechter als Minutentakt wurden nicht berücksichtigt. Alle Preise in Cent pro Minute. Bei einigen Anbietern kann es wegen Kapazitätsgrenzen zu Einwahlproblemen kommen. Bitte beachten Sie auch, dass sich Tarife häufig ändern. Tagesaktuelle Tarife und weitere Informationen zum Telekommunikationsmarkt finden Sie auf www.telarif.de.
*Telefon-Hotline (Mo-Fr 9-18 Uhr): 0900 1 330100 (1,86 Euro pro Min. von Telekom). Alle Angaben ohne Gewähr.
T) - Tarife mit Tarifansage.
Stand: 28.08.2011. Quelle: www.telarif.de



Opfert Merkel jetzt die Autofahrer?

Die Bundeskanzlerin signalisiert beim Thema Maut Gesprächsbereitschaft.

BERLIN Bislang war Angela Merkel (CDU) immer auf Seiten der Autofahrer: Keine Pkw-Maut auf deutschen Autobahnen! Jetzt signalisiert die Bundeskanzlerin Gesprächsbereitschaft in der Koalition. Die CSU hatte zuvor wiederholt gefordert, nach der Sommerpause über die Einführung einer Pkw-Maut zu sprechen. Auch Teile der FDP hatten sich dafür ausgesprochen.

Will Merkel nun die Autofahrer opfern, um den Frieden in der Koalition zu sichern? „Wenn ein Koalitionspartner über ein Thema reden möchte, kommt das auf die Tagesordnung“, sagte die CDU-Vorsitzende der „Bild am Sonntag“.

An ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Pkw-Maut habe sich nichts geändert, so Merkel. „Die Autofahrer tragen heute schon genug zum Straßenbau und zum allgemeinen Haushalt bei. Deshalb sehe ich es kritisch, wenn sie jetzt noch zusätzlich für verbesserte Straßen zahlen sollen.“

ADAC und Opposition laufen sich bereits warm. Der Autoclub hält die Gebühr für ein reines Abkassiermodell. „Denn es ist Trümerei, daran zu glauben, dass im Gegenzug Steuern gesenkt oder abgeschafft werden“, erklärte ein ADAC-Sprecher.

Euro-Krise! Sünder sollen draußen bleiben

CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt fordert „Stopp-schilder“ in der Euro-Krise.

CSU droht mit hartem Kurs



Terminplan

Vier Wochen bleiben Kanzlerin Angela Merkel, um Schwarz-Gelb auf Kurs zu bringen. Das Kabinett will das Gesetz über die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms am 31. August auf den Weg bringen. Bundestag und Bundesrat sollen bis 23. September entscheiden. Am 7. September werden Verfassungsrichter ihr Urteil zu den Klagen gegen Griechenland-Hilfen und Euro-Rettungsschirm verkünden. Die derzeit diskutierten Hilfsmaßnahmen sind nicht Gegenstand der Klagen – dennoch dürfte die Entscheidung Auswirkungen darauf haben.

MÜNCHEN Die CSU-Spitze sichert der Kanzlerin in der Euro-Krise Unterstützung zu – stellt aber gleichzeitig harte Bedingungen. Dazu gehört unter anderem ein „absolutes Nein“ zu Eurobonds und die Forderung, dass jedes Euro-land eine Schuldenbremse in seiner Verfassung verankert. „Eine Vergemeinschaftung der Schulden, wie sie bei der

Einführung von Eurobonds der Fall wäre, lehnen wir entschieden ab“, sagte CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt. „Das würde nur die Schulduländer von dem Zwang entlasten, ihre Haushalte zu konsolidieren.“ Anders als Kanzlerin Angela Merkel (CDU) will die CSU-Spitze die Einführung gemeinsamer europäischer Anleihen auch

für die Zukunft ausschließen: „Das ist ein absolutes Nein“, so Dobrindt. Eine eigene Steuerkompetenz der EU-Kommission lehne seine Partei ebenfalls ab. „Wir stellen Stoppschilder auf, die die Politik nicht übergehen darf“, erklärt der CSU-Generalsekretär. Und die Kanzlerin? Die kann es sich nicht leisten, weiter Stimmen zu verlieren.

Denn: Die Euro-Abstimmung wackelt! Vier Wochen vor der Entscheidung über die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms EFSF muss die Koalition um eine eigene Mehrheit bangen. Laut „Focus“ kursieren in den Regierungsfractionen die Namen von 23 Abgeordneten, die bereits ein Nein angekündigt hätten. Damit kämen Union und FDP bei

der Abstimmung nicht mehr auf 311 Stimmen, die für eine Kanzlermehrheit nötig wären. Wolfgang Bosbach (CDU) bekräftigte noch einmal seine ablehnende Haltung: „Ich weiß, dass es problematisch ist, wenn die Regierung in diesem Punkt keine eigene Mehrheit hat, aber deshalb kann ich doch nicht gegen meine Überzeugung abstimmen.“

FDP-Chef Rösler fällt Westerwelle in den Rücken

Jetzt auch Joschka: Kritik am Außenminister reißt nicht ab

BERLIN Es wird einsam um den Außenminister: Die Kritik an der Libyen-Position von Guido Westerwelle (FDP) nimmt kein Ende. Mehrere FDP-Politiker forderten seine Ablösung. Auch Partei-Chef Philipp Rösler will seinen Vorgänger offenbar loswerden. Ausgerechnet Rösler dankte der Nato als erstes Mitglied der Regierung für ihren Kampfeinsatz. Ein Schlag ins Gesicht für Westerwelle, der den Erfolg der Rebellen in Tripolis vor allem mit der von Deutschland unterstützten Sanktionspolitik begründet hatte. Laut „Spiegel“ habe Rösler Vertrauen gesagt, dies sei ein erster Schritt, um Westerwelle loszuwerden.



Ex-Außenminister Fischer: Libyen-Politik war ein Debakel

nicht zu spät“ erfolgt, hieß es aus FDP-Kreisen. Auch Ex-Außenminister Joschka Fischer kritisierte die Außenpolitik der Regierung: Die Enthaltung im UN-Sicherheitsrat sei „vielleicht das größte außenpolitische Debakel seit Gründung der Bundesrepublik.“ Das habe die Position der Bundesrepublik in der Welt „wesentlich beschädigt“.



Plant FDP-Chef Philipp Rösler, (re.) seinen Vorgänger Außenminister Guido Westerwelle (FDP) aus dem Amt zu drängen?

AZ kompakt

Top-Terrorist der Al-Kaida getötet

WASHINGTON Knapp vier Monate nach Osama bin Laden ist offenbar ein weiterer Anführer des Terrornetzwerks Al-Kaida getötet worden. Eine ferngesteuerte US-Drohne habe die angebliche Nummer zwei der Organisation, den Libyer Atiyah Abd al-Rahman, getroffen. Al-Rahman sei bereits am 22. August in dem pakistanischen Stammesgebiet Waziristan an der Grenze zu Afghanistan ums Leben gekommen, meldeten US-Sender unter Berufung auf US-Regierungsquellen. Von dort hieß es, Al Kaida sei damit ein empfindlicher Schlag versetzt worden.

Rebellen: Keine Verhandlung!

TRIPOLIS Die Aufständischen in Libyen schließen Verhandlungen mit dem untergetauchten Ex-Diktator Muammar al-Gaddafi aus. „Es wird keine Verhandlungen mit Gaddafi geben. Er ist gestürzt und gehört der Vergangenheit an“, sagte Salam Darbi, einer der Rebellenkommandeure. Gaddafi soll eine Machtteilung angeboten haben.